

Burgdorf, 05.11.2007

## **N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **11.10.2007** im Ratssaal des Schlosses,  
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/009

Beginn öffentlicher Teil: 19:06 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 22:33 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:**    **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Ratsvorsitzender**

Walter, Klaus-Dieter

**2. stellv. Bürgermeister**

Unverzagt, Hartmut        - ohne TOP 10 -

**Ratsherren/-frauen**

Alker, Rudolf

Braun, Hartmut

Degenhard, Walter

Ethner, Regina

Fleischmann, Michael

Gärtner, Bodo

Gersemann, Christiane

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Leppert, Florian

Leunig, Alexander        - ohne TOP 9 - 9.4 -

Leykum, Maria

Lüddecke, Dieter

Meinig, Birgit

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rickert, Heidrun

Rohde, Paul

Rück, Stefanie  
Schrader, Karl-Ludwig  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wackerbeck, Ursula  
Weber, Ulrike  
Wunn, Ina Prof. Dr. Dr.  
Zielonka, Holger Dr.

### **Verwaltung**

Bauoberamtsrat	Herbst, Rainer	
Dipl.-Kaufmann	Kauter, Theo	- bis TOP 20 -
Stadtoberinspektor	Nowitzke, Rainer	
Stadtrat	Philipps, Lutz	
Techn. Angestellter	Reichert, Hans-Jürgen	- bis TOP 14 -
Stadtamtsrat	Rode, Hans	
Dipl.-Oec.	Scholz, André	
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert	
Baurat z.A.	Trappmann, Hendrik	

### **Entschuldigt**

Weilert-Penk, Christa

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12.07.2007
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Entwurf Haushaltsplan 2008  
Vorlage: 2007 0244
6. Entwurf der Finanzplanung 2007 - 2011 und des Investitionsprogrammes  
Vorlage: 2007 0245
7. Stellenplan-Entwurf 2008  
Vorlage: 2007 0246

8. Festsetzung der Angemessenheit von Aufwandsentschädigungen nach § 111 Abs. 7 und 8 NGO  
Vorlage: 2007 0144
9. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148
  - 9.1. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf;  
hier: Änderungswünsche der Ortsräte  
Vorlage: 2007 0148/1
  - 9.2. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/2
  - 9.3. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/3
  - 9.4. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/4
10. Prüfung der Jahresrechnung 2005  
Vorlage: 2007 0191
11. Entwurf des Controlling-Konzeptes  
Vorlage: 2007 0239
12. Bebauungsplan Nr. 0-74 "Heineckenfeld" - Satzungsbeschluss  
Vorlage: 2007 0202
13. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 0-74 "Heineckenfeld"  
Vorlage: 2007 0199
  - 13.1. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 0-74 "Heineckenfeld"  
Vorlage: 2007 0199/1
14. Gedenktafel im Burgdorfer Schloss; Konzept und Finanzierung  
Vorlage: 2007 0200
15. Pachtzins für die städtischen Kleingartenanlagen 'Drei Eichen' und 'Grüne Aue'  
Vorlage: 2007 0205
16. Gebührensatzung Tagespflege  
Vorlage: 2007 0220
17. Gebührensatzung Kindertagesstätten  
Vorlage: 2007 0221
18. Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung  
Vorlage: 2007 0227
  - 18.1. Verwaltungsreform; Verfahrensvereinfachung  
Vorlage: 2007 0253
19. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung  
Vorlage: 2007 0229

20. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)  
Vorlage: 2007 0238
21. Entwässerungsabgabensatzung; Gebührensätze ab 01.01.2008  
Vorlage: 2007 0248
22. Planung des Krippenbedarfs; Erweiterung der Krippe des Frauen- und Mütterzentrums  
Vorlage: 2007 0242
23. Maßnahmenkonzept Innenstadt stärken  
hier: Förderkonzept europäischer Fonds für regionale Entwicklung  
Vorlage: 2007 0254
24. Einrichtung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler der Schulen in Burgdorf  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 07.09.2007-  
Vorlage: 2007 0232
25. Tunnel am Finanzamt  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 23.08.2007-  
Vorlage: 2007 0241
26. Weihnachtsbeihilfe für Burgdorfer Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 24.09.2007  
Vorlage: 2007 0249

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **Einwohnerfragestunde**

Vor Beginn der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘.

Fragen wurden nicht gestellt.

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

**Ratsvorsitzender Walter** eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und hier insbesondere die Ehrenratsmitglieder Herrn Leo Beigel, Herrn Karl-Heinz Meyer und Herrn Walter Wundram sowie die Vertreter der Presse und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Pilgrim** wies darauf hin, dass in der kurz vorher stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsausschusses der Tagesordnungspunkt 18.1 ‚Verwaltungsreform; Verwaltungsvereinfachung - Vorlage 2007 0253 - nicht behandelt wurde und beim Tagesordnungspunkt 22 ‚Planung des Krippenbedarfs‘ auf weiteren Beratungsbedarf im Fachausschuss erkannt worden

sei. Beide Tagesordnungspunkte seien in der heutigen Sitzung deshalb zu vertagen.

**Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung vom Rat einstimmig beschlossen.**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12.07.2007**

---

**Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12.07.2007 wurde einstimmig genehmigt.**

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Bürgermeister Baxmann** teilte Folgendes mit:

1. In einem Schreiben hatten mehrere Burgdorfer Bürger ihm berichtet, dass sie anlässlich einer Reise nach Tschechien vor einem Ratssaal eine dort hängende Tafel mit einer Inschrift entdeckt hätten, deren Inhalt so bedeutsam sei, dass sie in dem Brief darum bitten, die Kopie mit dem Text der Inschrift vorzutragen. Im Übrigen hänge ein Faximile dieser Tafel auch im UN-Gebäude in New York.

Auf der Tafel befindet sich folgender Text:

*„Jeder Ratsherr, der hierher wegen seines Amtes eintritt, soll seine Leidenschaften vor dieser Tür ablegen: Zorn, Gewalt, Neid, Freundschaft, Schmeichelei.*

*Unterwirf deine Sorgen der Gemeinde. Denn inwieweit Du den anderen Gerechtigkeit oder Unrecht tun wirst, so wirst du vor dem Gottesgericht Vergeltung erwarten und vertragen.“*

2. Der langjährige Protokollführer, Herr Nowitzke, fertigt heute sein 226 und letztes Protokoll. Die genannte Zahl setzt sich aus 102 Protokollen für den Rat, 53 Protokollen für den Ortsrat Otze und 70 Protokollen für den Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen zusammen.

Zukünftig wird er als Leiter der Stadtkasse neue Aufgaben übernehmen. Für die geleistete Arbeit als Protokollführer dankte **Bürgermeister Baxmann** auch im Namen des Rates, überreichte Herrn Nowitzke einen Blumenstrauß und wünschte ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg.

**Herr Nowitzke** erklärte, dass ihm die Protokollführung im Rat und in den Ortsräten immer sehr viel Freude gemacht habe, die politischen Diskussionen seien stets interessant gewesen. Den Mitgliedern des Rates und der Ortsräte wünschte er weiterhin einen fairen Umgang miteinander und gute Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Burgdorf.

#### 4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

K E I N E

#### 5. **Entwurf Haushaltsplan 2008** **Vorlage: 2007 0244**

---

Punkte 5,6 und 7 wurden zusammen behandelt.

#### 6. **Entwurf der Finanzplanung 2007 - 2011 und des Investitionsprogrammes** **Vorlage: 2007 0245**

---

Punkte 5,6 und 7 wurden zusammen behandelt.

#### 7. **Stellenplan-Entwurf 2008** **Vorlage: 2007 0246**

---

**Stadtrat Philipps** informierte die Anwesenden umfassend über den Haushaltsplanentwurf 2008. Die Haushaltsrede, die als **Anlage A dem Originalprotokoll** beigefügt ist, wurde anschließend an die Ratsmitglieder verteilt.

**Bürgermeister Baxmann** hob hervor, dass die Verwaltung versucht habe, die unterschiedlichen Szenarien aus ihrer Sicht zu beschreiben und darzustellen, wie es aussehen würde, wenn es nicht so gut ablaufe, aber auch welche Entwicklungen möglich seien, falls sich die entsprechenden Rahmendaten so gestalten sollten, wie man es sich wünsche.

Die Verwaltung habe sich eine Menge vorgenommen in Bezug auf den Grundstückserwerb und die Erschließung des Gewerbegebietes Nord-West. Es sei aber eine verantwortliche Entscheidung, wenn diese so getroffen werde. Insgesamt seien die Schulden letztlich ‚rentierliche‘ Schulden. Es werde immer in die Zukunft investiert, z.B. in Kinder, in Gewerbegebiete, in die Stadtentwicklung. Man sollte sich die Schuldensituation ernsthaft vor Augen führen, sollte aber dabei auch berücksichtigen, dass das, was bislang passiert sei, immer nur eine Verdrängung, ein Verschieben von Schulden hin zu einem Investitionsstau gewesen sei. Man müsse sich die Frage stellen, ob man bereit sei, den notwendigen Investitionsrahmen zur Verfügung zu stellen, um überhaupt zukunftsfähig zu sein. Wenn man sich noch einmal das letzte Szenario, welches Herr Philipps entwickelt habe, vor Augen führe, sehe dies nicht mehr ganz so dramatisch aus. Es könne aber niemand dafür garantieren, dass es auch so eintreten werde, weil die Stadt Burgdorf nicht die Stellschrauben bediene, die dafür maßgeblich seien.

**Bürgermeister Baxmann** ermunterte die Ratsmitglieder, die notwendigen Schritte zu gehen, damit in das Gewerbegebiet Burgdorf-Nord-West investiert werden könne. Man habe angesichts des Defizits in den letzten sieben bis acht Jahren nicht daran denken können, ein solches Projekt zu beginnen. Jetzt sei der geeignete Zeitpunkt dafür gekommen, so dass er an die Mitglieder des Rates appelliere, trotz aller Vorhaben, die dafür zurückgestellt werden müssten, sich mit Mut positiv zu entscheiden.

**Ratsvorsitzender Walter** dankte **Stadtrat Philipps** für den umfassenden Vortrag zur Einbringung des Haushalts.

**8. Festsetzung der Angemessenheit von Aufwandsentschädigungen nach § 111 Abs. 7 und 8 NGO  
Vorlage: 2007 0144**

---

Mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme fasste der Rat den nachfolgenden Beschluss:

**Der Rat beschließt, die nach § 111 Absätze 7 und 8 NGO an die dort bezeichneten Mitglieder in Organen von Unternehmen und Einrichtungen gezahlten Vergütungen werden bis zu einem Höchstbetrag von 1.500,00 € im Jahr je Mitgliedschaft (pauschale Aufwandsentschädigung einschl. Sitzungsgelder) als angemessen angesehen.**

**Für den Vorsitz ist der doppelte, für den stellv. Vorsitz der 1 ½-fache Satz des genannten Höchstbetrages angemessen.**

**Gezahlte Vergütungen, die über obige festgesetzte Höhe hinausgehen, sind an die Stadt Burgdorf abzuführen.**

**9. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148**

---

Die Tagesordnungspunkte 9 bis 9.4 wurden zusammen behandelt.

**9.1. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf;  
hier: Änderungswünsche der Ortsräte  
Vorlage: 2007 0148/1**

---

**9.2. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/2**

---

**9.3. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/3**

---

**9.4. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2007 0148/4**

---

**Stadtamtsrat Rode** erklärte, dass die Vorlage Nr. 2007 0148/3 den aktuellen Entwurf des Textes der Hauptsatzung insgesamt enthalte. Hinzu komme, dass der Ortsrat Otze in seiner Sitzung am 27.09.2007 einige Änderungen an den Formulierungen im § 10 ‚Aufgaben der Ortsräte‘ einstimmig vorgeschlagen habe.

Ohne weitere Diskussion fasste der Rat mit 29 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen den nachfolgend formulierten Beschluss:

**„Der Rat beschließt, die dem Originalprotokoll als Anlage B beige-fügte Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf in der Fas-sung der Anlage zur Vorlage 2007 0148/3 und der Änderungemp-fehlung in der Vorlage 2007 0148/4.“**

**10. Prüfung der Jahresrechnung 2005  
Vorlage: 2007 0191**

---

**Herr Hinz** dankte dem Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit und ging auf einzelne Passagen im Schlussbericht ein.

Nach den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sei positiv anzu-merken, dass sich die Haushaltsausgabereise gegenüber den Vorjahren weiter verringert hätten. Im aktuellen Rechnungsprüfungsbericht seien nur noch sieben Prüfungsbemerkungen, davon vier aus dem Baubereich enthal-ten. Nach seiner Erinnerung seien dies so wenig wie noch nie in den letzten 11 Jahren. Daraus müsse man schließen, dass die Verwaltung insgesamt die Qualität der Arbeit verbessert habe. Bei diesen Prüfbemerkungen gehe es - wie schon in der Vergangenheit - meist um Fristversäumnisse, d.h. mangelndes Wiedervorlagemanagement. Es seien allerdings keine system-bedingten Mängel festzustellen.

Des Weiteren habe das Rechnungsprüfungsamt auch organisatorische Maßnahmen wie etwa die Einrichtung des Bürgerbüros untersucht. Es sei positiv, dass die Ratsmitglieder Gelegenheit hätten, anhand der Stellung-nahme der Verwaltung zu den angesprochenen Punkten eine vertiefte Dis-kussion über den Erfolg solcher Maßnahmen führen zu können.

In Anbetracht der Vielzahl der zu leistenden Verwaltungsaufgaben sei die Zahl der festgestellten Mängel sehr gering. Daher könne dem Bürgermeis-ter für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt werden.

**Herr Rohde** lobte die hervorragende Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes. Nicht verstehen könne er, warum der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005, mit Datum vom 23.11.2006, erst jetzt dem Rat vorgelegt werde.

Ferner zitierte er aus Seite 13 (Mitte) des Rechnungsprüfungsberichtes. Danach sei es zulässig die Vereine zu prüfen. Der Bürgermeister lehne es bisher ab, eine Prüfung durch Vorlage von Belegen vornehmen zu lassen. Dies werde vom Rechnungsprüfungsamt als nicht akzeptabel bezeichnet, die CDU-Fraktion teile diese Auffassung.

**Bürgermeister Baxmann** hob hervor, dass es hier um eine Güterabwä-gung gehe. Es sei zu fragen, ob man durch eine intensive Prüfung von Sei-ten der Verwaltung bei den Vereinen nicht mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften würde. Man würde die ehrenamtlich Tätigkeiten zusätzlich mit bürokratischen Aufgaben belasten, immer häufiger müssten die Vereine heute die Mithilfe von Steuer- und anderen Beratern in Anspruch nehmen, anstatt sich auf die eigentlichen sinnvollen, der Allgemeinheit dienenden Aufgaben zu konzentrieren. Er gehe davon aus, dass alle ausgezahlten Gelder bestimmungsgemäß verwendet würden.

Nach Beendigung der Aussprache fasste der Rat den nachfolgenden **ein-stimmigen** Beschluss:

**Der Rat beschließt die Jahresrechnung 2005 und erteilt dem Bürgermeister aufgrund des vorliegenden ‚Schlussberichtes über die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Burgdorf für das Haushaltsjahr 2005 vom 23.11.2006‘**

**für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung.**

**11. Entwurf des Controlling-Konzeptes  
Vorlage: 2007 0239**

---

**Dipl.-Kaufmann Kauter** erklärte, dass er den Mitgliedern des Rates mit der Vorlage den Entwurf eines Controlling-Konzeptes für die Stadt Burgdorf vorstellen wolle. Dazu erläuterte er zunächst den sogenannten Controlling-Regelkreis (Seite 13 des Controlling-Konzeptes) und wies auf die Bedeutung des neuen Steuerungsmodells hin. Anhand des Beispiels einer Lesekarte in der Bücherei bei bestimmten Altersgruppen berichtete er über die Möglichkeit Ziele zu definieren (Sollwerte), daraus Maßnahmen abzuleiten und nach Umsetzung durch die Verwaltung Istwerte zu erfassen, die dann mit den bisherigen Sollwerten verglichen werden können. Mit Hilfe des Controllings könne ermittelt werden, ob die Ziele erreicht wurden und was zu tun sei, um diese zu erreichen. Controlling bedeute Steuerung und nicht Kontrolle. Für die Kontrolle von Verwaltungsabläufen sei das Rechnungsprüfungsamt zuständig.

Grundsatz sei, dass die Politik sage „was“ und die Verwaltung sage „wie“. Controlling diene auch dazu, die Ziele erreichbar und messbar zu machen. Bei einer Kompetenzübergabe an die Verwaltung müsse es zu Zielvereinbarungen kommen. Dazu zählten Jahresplanungen und Mehrjahresplanungen durch Kennzahlen, Indikatoren und Berichte aufzubauen. Ein unterjähriges Berichtswesen würde die Ratsmitglieder laufend über den Stand der Zielerreichung unterrichten. Durch das Berichtswesen solle mehr Transparenz in die Verwaltungsabläufe gebracht werden. Zusätzlich umfasse das Controlling noch a-periodische Aufgaben, d.h. die regelmäßig durchgeführt würden, dazu zählten die Prozessanalyse und die Prozessoptimierung. Hierbei gehe es um Verbesserung von Abläufen innerhalb der Verwaltung zur Effizienzsteigerung. Der dahinter stehende Grundgedanke sei die wirtschaftliche Verwendung der vorhandenen Mittel.

Des Weiteren erläuterte **Dipl.-Kaufmann Kauter** die Unterschiede zwischen operativem und strategischem Controlling. Controlling selbst habe keine Entscheidungsbefugnisse, der Controller unterstütze nur die Entscheidungsträger. Hierzu sei auf das Bild auf Seite 16 des Controlling-Konzeptes verwiesen. Der Controller sei nur ein Navigator und unterstütze den Kapitän, dies seien z.B. die Mitglieder des Rates, der Bürgermeister, die Fachbereichsleiter und Abteilungsleiter mit Hilfe entsprechender Informationen, damit die jeweiligen Entscheidungen sachgerecht getroffen werden können.

Zur Frage, warum man ein Controlling benötige, führte **Dipl.-Kaufmann Kauter** aus, dass dies z.B. an den Rahmenbedingungen, die auf die Stadt Burgdorf einwirkten, liegen könne z.B. der demografische Wandel. Ferner seien zu nennen die Knappheit der Finanzen nicht nur bei der Stadt Burgdorf, sondern beim Land, beim Bund, bei der EU aber auch der Wille zu mehr Bürgerorientierung (Bürger als Kunde) sowie die wirtschaftliche Entwicklung (Globalisierung). Für alle diese auf die Stadtverwaltung einwirkenden Rahmenbedingungen sei es erforderlich, mit neuen Antworten zu

reagieren. Eines davon sei das neue Steuerungsmodell zusammen mit dem Controlling.

Zum Einstieg in das Controlling gehe es darum, alle städt. Leistungen in Produkten abzubilden. Daraus erfolge Transparenz, Ziel- und Ergebnisorientierung und eine allgemeine Qualitätsverbesserung des Verwaltungshandelns. Um zu verhindern, dass reine Kostenbetrachtungen in den Vordergrund treten, würden Kennzahlen und Indikatoren in unterschiedlichen Zieldimensionen angestrebt (sogenannte Balanced Scorecard - siehe Seite 29 des Konzepts). Um eine größere Transparenz bei den einzelnen Produkten zu erreichen, sei im kommenden Jahr in der Verwaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in Vorbereitung.

**Dipl.-Kaufmann Kauter** wies abschließend auf das mehrstufige Aufbaukonzept am Ende des Controlling-Konzepts hin. Der Vorteil, den die Stadt Burgdorf dabei habe, sei, dass man von den Erfahrungen anderer Städte in den letzten Jahren profitieren könne und deren Fehler nicht wiederholen müsse. Wenn dieser Zeitplan wie vorgesehen eingehalten werde, hätte dies den Vorteil, dass man schneller zum Ziel käme als andere Kommunen, die bereits vor Jahren damit begonnen hätten, was u.a. damit zusammenhänge, dass diese Kommunen Fehler, die vor Jahren begangen wurden, wieder ändern müssten, zumal jetzt ein verbindlicher Produkt-Rahmenplan des Landes bestehe. Zurzeit sei man bei der Stadt Burgdorf mit der Produktbildung beschäftigt. Man erwarte die Rückläufe aus den Abteilungen. Es würden ca. 140 - 150 Produkte zu bilden sein. Diese Produkte würden anschließend dem Rat vorgestellt und könnten diskutiert werden. Es sei von besonderer Wichtigkeit, wenn alle Beteiligten zu jedem Zeitpunkt über den Verfahrensstand informiert seien. Es solle niemand übergangen werden, sondern alle Beteiligten mit ins Boot geholt werden. Wenn man dies so umsetzen könne, hätte der Rat ein gut funktionierendes Controlling-Konzept vorliegen, was zeitnahe Informationen für den Rat ermöglichen würde. Man könne dieses Controlling-System mit einem Schwerpunkt beginnen, z.B. auch mit einem Pilotprojekt, um dies in allen Einzelheiten durchzugehen. Insgesamt gehe es bei der Einführung des Controllings vor allem um ein anderes Denkmuster.

**Herr Pilgrim** begrüßte die Einführung des Controllings, die Produktbildung und die Kosten- und Leistungsrechnung in der Verwaltung. Er erkundigte sich danach, wie die Politik bei der Definition von Zielen unterstützt werden könne. Ferner wollte er wissen, ob es auch Zielvereinbarungen innerhalb der Verwaltung geben werde, z.B. zwischen der Verwaltung und der Bücherei, und ob die Politik dann nur über das Berichtswesen darüber informiert werde bzw. wie dann Änderungen bei den Zielen seitens der Politik erfolgen könnten.

**Dipl.-Kaufmann Kauter** versicherte, dass es eine vorrangige Aufgabe des Controllings sei, alle Beteiligten in der Zielvereinbarungskette zu unterstützen. Es werde auch eine gewisse Zeit und Erfahrung brauchen, sich an die jeweiligen Zielvereinbarungen heranzutasten. Wenn es von Seiten der Politik gewünscht werde, entsprechende Änderungen bei den Zieldefinitionen herbeizuführen, werde dies vom Controlling auch begleitet. Niemanden würden Kompetenzen durch das Controlling entzogen, sondern Controlling unterstütze auf allen Ebenen.

**Herr Hinz** stellte fest, dass man sich bei dem Zielfindungsprozess und geschätzten 600 Zielen einer großen Aufgabe gegenüber sehe.

**Dipl.-Kaufmann Kauter** führte aus, dass man in die Aufgabe hineinwachsen werde und es so sei, dass man nicht bei allen Produkten ständig neue Ziele zu definieren bräuchte. Wenn keine Veränderungen stattfänden, sei es auch nicht notwendig, sich ständig mit einzelnen Produkten intensiv auseinander zu setzen.

Auf Nachfrage von **Herrn Alker**, wie sich denn das geplante Gewerbegebiet Burgdorf Nord-West als Produkt darstellen ließe, teilte **Dipl.-Kaufmann Kauter** mit, dass ein solches Gewerbegebiet transparenter dargestellt werden könne. Die politische Entscheidung für oder gegen ein solches Projekt könne das Controlling den Politikern jedoch nicht abnehmen.

**Herr Obst** bezeichnete das Controlling als sehr komplexen Vorgang. Es gehe darum, dass sich auch die Politik von alt hergebrachten Vorstellungen lösen müsse. Er dankte Herrn **Dipl.-Kaufmann Kauter** für den ausführlichen Vortrag und bat ihn weiterhin, alle Beteiligten an dem Projekt ‚mitzunehmen‘ und Informationen ganz gezielt in die Politik zu streuen, da das Thema nicht ganz einfach zu verstehen sei.

Nach Beendigung der Aussprache dankte der Ratsvorsitzende Herr **Dipl.-Kaufmann Kauter** im Namen des Rates und aller Anwesenden für den sehr informativen und umfassenden Vortrag.

## 12. **Bebauungsplan Nr. 0-74 "Heineckenfeld" - Satzungsbeschluss** **Vorlage: 2007 0202**

---

### **Der Rat beschließt:**

#### **A Der Rat nimmt Kenntnis von den Ergebnissen**

- **der in der Zeit vom 13.03.2007 bis 27.03.2007 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 05.03.2007 bis zum 13.04.2007 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
- **der in der Zeit vom 05.06.2007 bis 05.07.2007 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und**
- **der mit Schreiben vom 23.05.2007 bis zum 05.07.2007 durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

**Der Rat beschließt die in der Begründung unter dem Gliederungspunkt 10 beschriebenen Abwägungsvorgänge.**

#### **B Satzungsbeschluss:**

**Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren und der Ergebnisse der Umweltprüfung den Bebauungsplan Nr. 0-74 „Heineckenfeld“ mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung von 07.2007.**

**Der Rat beschließt dem Bebauungsplan beizufügen**

- **die Begründung in der Fassung vom 17.07.2007**
- **die Zusammenfassende Erklärung, die in Kap. 9 der Begründung wiedergegeben ist.**

**13. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 0-74 "Heineckenfeld"**  
**Vorlage: 2007 0199**

---

Die Tagesordnungspunkte 13 und 13.1 wurden zusammen behandelt.

**13.1. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 0-74 "Heineckenfeld"**  
**Vorlage: 2007 0199/1**

---

**Ratsvorsitzender Walter** stellte fest, dass der Beschluss mit den Änderungsempfehlungen des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport gelte.

Anschließend fasste der Rat den nachfolgenden **einstimmigen** Beschluss:

**Der Rat beschließt, die Planstraßen des Bebauungsplanes Nr. 0-74 "Heineckenfeld" folgendermaßen zu benennen:**

<b>Planstraße A</b>	<b>"Saalestraße"</b>
<b>Planstraße B</b>	<b>"Elbestraße"</b>
<b>Planstraße C</b>	<b>"Havelstraße"</b>
<b>Planstraße D</b>	<b>"Jeetzweg"</b>
<b>Planstraße E</b>	<b>"Esteweg"</b>
<b>Planstraße F</b>	<b>"Alsterweg"</b>
<b>Planstraße G</b>	<b>"Ilmenauweg"</b>
<b>Planstraße H</b>	<b>"Alandweg"</b> .

**14. Gedenktafel im Burgdorfer Schloss; Konzept und Finanzierung**  
**Vorlage: 2007 0200**

---

**Herr Rohde** wies darauf hin, dass seit ca. 50 Jahren keine neuen Denkmäler in Burgdorf mehr aufgestellt worden seien. Erst im Jahre 1999 habe man sich mit der Aufstellung einer Prioritätenliste zur Renovierung der Denkmäler beschäftigt. Es sei sehr bedauerlich, dass sich in Burgdorf niemand um die vorhandenen Denkmäler z.B. um das Ehrenmal im Stadtpark oder um das Denkmal in Schillerslage gekümmert habe.

Erst auf seine Initiative im Jahre 2005 hin habe dann später neben dem Amtsgericht die Gedenktafel für die Burgdorfer Bombenopfer aufgestellt werden können. Zeitgleich dazu habe der Arbeitskreis zum Gedenken an den 9. November weitere Vorschläge u.a. für eine Gedenktafel für die im ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten ins Gespräch gebracht. Auf der Gedenktafel am Eingang der St.-Pankratius-Kirche seien bei den dort genannten gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges auch die Soldaten jüdischen Glaubens mit aufgeführt.

Der Arbeitskreis ‚Gedenktag 9. November‘ habe dann den Vorschlag gemacht, eine Gedenktafel für die während der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten und deportierten jüdischen Mitbürger zu installieren. Bei den weiteren politischen Beratungen habe sich allerdings heraus gestellt, dass diese Idee vom Kirchenvorstand abgelehnt wurde. Daraufhin habe man vorgeschlagen, eine solche Gedenktafel im Flur des Obergeschosses des Schlosses anzubringen. Dabei sei jedoch anzumerken, dass außer den

Schlosskonzerten und den Ratssitzungen kaum öffentliche Veranstaltungen hier stattfinden und daher die Zahl der Besucher, die eine solche Tafel wahrnehmen, relativ klein bleiben werde. Dennoch habe in den weiteren politischen Beratungen grundsätzlich Einvernehmen über die Notwendigkeit bestanden, was dann in den Ratsbeschluss vom 15.12.2005 mündete. Zum damaligen Zeitpunkt sei allerdings noch nicht bekannt gewesen, dass man für diese Gedenktafel rund 20.000,00 € werde aufwenden müssen. Im Vergleich dazu habe die von ihm initiierte Gedenktafel für die Burgdorfer Bombenopfer die Stadt Burgdorf so gut wie nichts gekostet. Die Tafel sei vollständig durch Eigeninitiative und Spenden finanziert worden. Lediglich bei der Einweihung und der anschließenden Feierstunde habe die Verwaltung mitgewirkt. Er bedauere in diesem Zusammenhang, dass er von Seiten der Stadt Burgdorf nicht mehr Unterstützung erfahren habe.

Bei der Gedenktafel für das Schloss habe man innerhalb der CDU-Fraktion lange diskutiert und sich gefragt, ob der Anteil der Stadt mit 6.000,00 € nicht etwas zu hoch sei. Man habe 2.000,00 € für ausreichend erachtet. Ferner sei man der Meinung, dass in der heutigen Ratssitzung nicht unbedingt ein entsprechender Beschluss gefasst werden müsse, vielmehr sei es sinnvoller, die Frage der Bezuschussung im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen noch einmal zu diskutieren. Dazu gehöre auch die Frage, ob für die Gedenktafel nicht ein würdigerer und passenderer Standort gefunden werden könne, als im abgelegenen Flur des Schlosses. Er bitte deshalb darum, wegen der Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel die Frage bei den Haushaltsplanberatungen noch einmal aufzugreifen. Ideal wäre es allerdings, wenn das Projekt von der Breite der Bürgerschaft mit finanziert werden könnte und nicht nur von wenigen Großsponsoren unterstützt werde. Damit könnte deutlich gemacht werden, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt hinter dem Projekt Gedenktafel ständen. Die CDU-Fraktion werde sich bei der jetzt anstehenden Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt enthalten.

**Herr Lüddecke** vertrat die Auffassung, dass eine solche Gedenktafel längst überfällig sei und bedauerte den langen Entscheidungsprozess. Zur Frage, ob diese Tafel an der Kirche angebracht werden sollte, sei darauf hinzuweisen, dass der Kirchenvorstand sich einstimmig für eine Gedenktafel ausgesprochen habe, jedoch sollte diese nicht an der St.-Pankratius-Kirche angebracht werden, da es in Burgdorf mehrere Kirchengemeinden gebe, auch mehrere Konfessionen und diese Gedenktafel hingegen für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt von großer Bedeutung sei. Daher gehöre die Gedenktafel in ein Rathaus als öffentlichen Ort. Die Tafel sei ein Symbol des Erinnerns und Mahnens und solle dazu dienen, dass Personen und Einzelschicksale während der Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsregimes nicht in Vergessenheit gerieten. Soweit ihm bekannt sei, seien die verlegten Stolpersteine bisher zu 100 % selbstfinanziert, d.h. durch viele kleine Spenden von Bürgern ermöglicht worden. In Anbetracht der Gesamtkosten von 19.000,00 € halte er 6.000,00 € als Beitrag des Rates für angemessen. Die restlichen 13.000,00 € könnten dann über entsprechende Einzelspenden zusammengebracht werden. Auch darin sehe er einen hinreichenden Beitrag der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sich mit der Gedenktafel zu identifizieren. Die FDP-Fraktion werde daher der Vorlage zustimmen. Lediglich den Standort im Schloss sollte die Verwaltung noch einmal überprüfen. Auch habe es eine sehr frühe Festlegung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport auf einen Künstler gegeben. Hier wäre es besser gewesen, auch noch weitere Künstler bei der Auswahl zu beteiligen.

**Frau Prof. Wunn** äußerte Kritik an der künstlerischen Qualität der in Aus-

sicht genommenen Gedenktafel. Sie bezeichnete die Art der Fertigung als eine Dutzendware im Stil der 70-er Jahre, zumal der Künstler noch nie an maßgeblicher Stelle, noch nicht einmal in einem zweitklassigen Museum, ausgestellt habe. Sie halte sich zwar nicht für eine Kunstexpertin, habe sich jedoch bei einem entsprechenden Fachmann, der etwas davon verstehe, sachkundig gemacht. Auch hätte man vorab mit Vertretern der jüdischen Gemeinde aus Hannover zu dem Thema Kontakt aufnehmen können und sich von dort Rat hinsichtlich der angemessenen und würdigen Auswahl einer Gedenktafel einholen können. Im Übrigen wolle sie sich den Ausführungen ihres Fraktionsvorsitzenden anschließen und bitte darum, ihre Kritik aber nicht misszuverstehen.

**Bürgermeister Baxmann** wies im Hinblick auf die Vorhaltungen des Ratherrn Rohde darauf hin, dass dieser von Anbeginn an erklärt habe, dass er die Gedenktafel für die Bombenopfer selber ohne öffentliche Mittel und Unterstützung von Rat und Verwaltung errichten wolle. Die Verwaltung habe immer wieder während des Projektes ihre Hilfe angeboten, die dann erst bei der Enthüllung und Gedenkveranstaltung angenommen wurde.

Zu der Frage, warum dies alles so lange gedauert habe, erklärte **Bürgermeister Baxmann**, dass er bei der Jubiläumsveranstaltung zur 725-Jahrfeier im Jahr 2004 darauf aufmerksam gemacht habe, dass die Stadt Burgdorf ein Gedächtnis haben müsse und es wichtig sei, sich zu erinnern. In der Folge habe er sehr viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und hier insbesondere mit Herrn Bembeneck geführt. Dieser habe sich in einer akribischen Arbeit der historischen Erforschung individueller Schicksale der jüdischen Opfer gewidmet, was allerdings auch sehr viel Zeit gekostet habe. Gerade diesen individuellen Schicksalen solle mit Namen auf der Gedenktafel Raum gegeben werden. Diese Arbeit sei erst jetzt zum Abschluss gekommen, wobei man sagen müsse, dass es vermutlich nicht möglich sein werde, alle Schicksale vollständig aufzuklären. Jetzt sei allerdings der Zeitpunkt gekommen, diese Tafel in Auftrag zu geben. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hinzuweisen, dass neben den Stolpersteinen eine Tafel zum allgemeinen Gedenken im Außenbereich der ehemaligen Synagoge angebracht werde. Bisher habe es Probleme mit der Hauseigentümerin gegeben, die jetzt allerdings durch den Eigentumsübergang ausgeräumt seien, so dass man über dieses Projekt nochmals neu nachdenken könne.

Zur Kunstkritik von Frau Prof. Wunn wies **Bürgermeister Baxmann** darauf hin, dass der Künstler von einem breiten Publikum bei zwei Ausstellungen hier in Burgdorf sehr viel Anerkennung gefunden habe. Es sei nicht unbedingt notwendig, dass ein Künstler eine hohe Reputation genieße und bei internationalen Ausstellungen gefragt sei. Klein könne in diesem Zusammenhang auch fein sein. Man habe sich mit dem Künstler ins Benehmen gesetzt, wobei es sich tatsächlich um eine Auftragsarbeit handle. Man wolle ja gerade authentisch sein und für Burgdorf eine Form des Gedenkens finden, die der Stadt und den ehemaligen jüdischen Mitbürgern angemessen und würdig sei. Der erste Entwurf des Künstlers habe nicht den Vorstellungen entsprochen. Man habe dann unter Beteiligung weiterer kompetenter Personen, u.a. auch von Herrn Dr. Klahr, zusammen mit dem Künstler eine breite Diskussion begonnen, wobei auch die künstlerische Identität gewahrt worden sei. Der jetzt vorgestellte Entwurf sei seines Erachtens ausgesprochen gelungen, auch wenn er vermeintlich - wie es hier formuliert wurde - künstlerischen Anforderungen nicht genügen könne. Zu der Frage, ob die Gedenktafel im Schloss richtig sei, vertrete er die Auffassung, dass es darauf ankomme, das Gebäude zu beleben. Insoweit sehe er

den Standort als passend an.

**Frau Meinig** stellte fest, dass Einigkeit im Rat darüber bestehe, dass die Gedenktafel richtig und gewollt sei. Die Berufung eines anderen wesentlich renommierteren Künstlers hätte dazu geführt, dass die Gedenktafel wesentlich teurer geworden wäre. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport habe dem künstlerischen Entwurf zugestimmt, da das würdige Gedenken in dieser Form sehr überzeugt habe. Der Anteil der Stadt sei angemessen, da ein Großteil der Kosten durch Spenden oder Sponsoren aufgebracht werden müsse. Der Standort sei richtig, da das Schloss Belebung benötige.

**Herr Pilgrim** befand den Standort als in Ordnung. Bei derartigen Projekten sei immer auch eine gewisse soziale Kontrolle notwendig. Es sei angedacht, dass u.a. Schulklassen hier herkommen könnten, es würden Vitrinen mit weiteren Exponaten aufgestellt und Informationen dazu bereitgehalten. Dies biete für die Besucher ein lebendiges ‚Kennenlernen‘ der Burgdorfer Vergangenheit. Ferner warne er davor, den Künstler derart abzuqualifizieren. Der Künstler sei im Fachausschuss gewesen, das Projekt sei mehrfach verändert worden. Das jetzt vorliegende Ergebnis sei insoweit in Ordnung. Hinsichtlich der Finanzierung müsse er daran erinnern, dass bei der Aktion Stolpersteine bereits mehr gesammelt worden sei als man für die nächsten Steine benötige. Eine derartige Aktion könnte man bezogen auf die Gedenktafel fortführen, um nicht nur Sponsorengelder von Banken und anderen Großsponsoren zu sammeln, sondern auch die Bürger zu beteiligen.

**Herr Morich** nahm den Künstler gegen Kritik in Schutz und bezeichnete die Idee als längst überfällig, zumal auf dem Kunstwerk die Namen der ehemaligen jüdischen Mitbürger aufgeführt seien.

**Herr Obst** bezeichnete es als unverständlich, in welcher Art und Weise Frau Prof. Wunn den Künstler hier kritisiert habe. Kunstgeschmack sei unterschiedlich und Kunstwerke würden von den Betrachtern ganz individuell wahrgenommen. Der Künstler habe nach den Beratungen im Fachausschuss seinen Entwurf mehrfach geändert und dies sollte in dieser Form jetzt auch akzeptiert werden. Bereits vor Jahren habe das Gymnasium die Geschichte der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und des jüdischen Friedhofs aufgearbeitet und im Rahmen von Ausstellungen seien auch immer wieder im Museum geschichtliche Ausarbeitungen über die verfolgten ehemaligen jüdischen Mitbürger dargestellt worden. Insoweit habe das Erinnern in Burgdorf nicht erst seit dem Jahr 2004 begonnen. Auch bisher habe es eine etwas kleine Informationstafel an der ehemaligen Synagoge gegeben. Die jetzt geplante sehr große Tafel mit Informationen über die Geschichte und den Werdegang des Hauses halte er allerdings für überzogen. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass die geplante allgemeine Gedenktafel überfällig sei. Hinsichtlich der finanziellen Beteiligung werde man im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für eine angemessene Beteiligung der Stadt sorgen.

**Herr Lüddecke** bat den **Bürgermeister** noch einmal zu prüfen, ob der Ort für die Anbringung der Gedenktafel zwischen diesen beiden Türen geeignet sei oder ob es nicht noch einen besseren Platz im Schloss gebe.

**Frau Prof. Wunn** betonte, dass sie sich in Kunstfragen durchaus als kompetent erachte, zumal sie sich bei dem Kunstprofessor Fricke aus Ahrbeck diesbezüglich sachkundig gemacht habe. Sie halte es für erforderlich, dessen Meinung hier kund zu tun, da es durchaus Kriterien für künstlerische Qualität gebe und das in Aussicht genommene Kunstwerk diesen Anforder-

rungen nicht genüge. Mit ihrer Meinungsäußerung habe sie jedoch nicht die Absicht verbunden, den Fortgang des Projekts weiter zu verzögern. Insbesondere habe sie auch niemanden beleidigen wollen.

**Herr Fleischmann** gab zu bedenken, dass er es als positiv empfinde, wenn auch einmal ein ambitionierter Nachwuchskünstler eine Chance erhalte und nicht immer Künstler ausgewählt würden, die ohnehin schon bekannt genug seien.

**Bürgermeister Baxmann** machte deutlich, dass es auch für künstlerische Arbeit Wert- und Qualitätsmaßstäbe gebe, d.h. Kunst dürfe nicht der Beliebigkeit ausgesetzt werden. Es sei allerdings schwierig, Wertmaßstäbe allgemeinverbindlich zu definieren.

Nach Beendigung der Diskussion fasste der Rat mit 21 Ja-Stimmen und 11 Stimmenthaltungen den nachfolgenden Beschluss:

**Für die Erstellung einer Gedenktafel im Burgdorfer Schloss wird über den Haushalt 2008 ein Betrag in Höhe von 6.000,00 € zur Verfügung gestellt.**

15. **Pachtzins für die städtischen Kleingartenanlagen 'Drei Eichen' und 'Grüne Aue'**  
**Vorlage: 2007 0205**
- 

**Einstimmiger Beschluss**

**Der Rat beschließt, die Pachtzinsen für die Kleingartenanlagen ‚Drei Eichen‘ und ‚Grüne Aue‘ ab dem 01.01.2008 anzuheben. Dieser Pachtzins wird für sechs Jahre festgeschrieben.**

16. **Gebührensatzung Tagespflege**  
**Vorlage: 2007 0220**
- 

**Einstimmiger Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Tagespflege in der Stadt Burgdorf.**

**Die als Anlage C) zum Originalprotokoll beigefügte Satzung soll rückwirkend zum 01.10.2007 in Kraft treten.**

17. **Gebührensatzung Kindertagesstätten**  
**Vorlage: 2007 0221**
- 

**Einstimmiger Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die erste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt**

**Burgdorf.**

**Die als Anlage D) zum Originalprotokoll beigefügte Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2007 in Kraft.**

**18. Neufassung der Straßenausbaubeitragsatzung  
Vorlage: 2007 0227**

---

**Einstimmiger Beschluss:**

**Der Rat beschließt, die dem Originalprotokoll als Anlage E) und der Vorlage als Anlage 2 beigefügte Neufassung der Straßenausbaubeitragsatzung.**

**18.1. Verwaltungsreform; Verfahrensvereinfachung  
Vorlage: 2007 0253**

---

**- abgesetzt -**

**19. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung  
Vorlage: 2007 0229**

---

**Einstimmiger Beschluss:**

**Der Rat beschließt, die 8. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 19.11.1987 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr.2007 0229 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage F) beigefügten) Fassung zu erlassen.**

**20. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)  
Vorlage: 2007 0238**

---

**Herr Morich** teilte mit, dass er sich große Sorgen um den Bestand des Burgdorfer Wochenmarktes mache. Nach Aussagen der Marktbesicker seien in Langenhagen und in Wunstorf die Gebühren sogar auf 2,20 € bzw. auf 2,30 € gesenkt worden. Er befürchte, dass der Markt dadurch für die Besicker zunehmend unwirtschaftlicher werde und Einzelne abzuwandern könnten. Die Stadt Burgdorf müsse alles dafür tun, damit dies nicht passiere, zumal nach dem Einzelhandelskonzept der Markt eine Belebung auch für den Einzelhandel darstelle. Er werde deshalb gegen die Vorlage stimmen.

**Bürgermeister Baxmann** führte dazu aus, dass die Gebührenerhöhung lediglich der Kostendeckung diene. Die Stadt Burgdorf mache damit keine Gewinne. Im Rat habe seinerzeit großes Einvernehmen darüber bestanden,

den Markt zukünftig als reinen ‚Grünmarkt‘ zu führen und auf Anbieter aus den Bereichen Textil oder Leder zu verzichten. Aufgrund der Einwendungen des Einzelhandels dazu sei auch die Verringerung der Standflächen politisch gewollt. Er gehe davon aus, dass - solange die Marktbesucher Gewinne machen würden - man sich über eine Abwanderung keine Gedanken zu machen bräuchte.

**Herr Unverzagt** führte aus, dass er einige Bedenken von Herrn Morich teile. Nach seinen Beobachtungen würden die Lücken zwischen einigen Ständen merklich größer. Durch die andere Aufteilung des Marktes seien die Flächen insbesondere für Behinderte schlechter begehbar. Bisher seien noch alle Obst- und Fischanbieter auf dem Markt vorhanden. Wenn diese aber ausbleiben würden, wäre dies äußerst fatal für den Markt. Zur Attraktivitätssteigerung des Marktes sei es wichtig, das äußere Erscheinungsbild zu verbessern. Dies habe mit der Gebührensituation allerdings nichts zu tun.

**Herr Rohde** wies darauf hin, dass das Pflaster in vielen anderen deutschen Großstädten bei Wochenmärkten noch viel schlechter sei als in Burgdorf. Auch sei zu beachten, dass die Burgdorfer Einzelhändler seinerzeit für die Ablöse von Parkplätzen bezahlt hätten und insoweit auch Anspruch auf eine ausreichende Anzahl von Parkmöglichkeiten auf dem Schützenplatz hätten. Dies gelte nicht für die Marktbesucher. Der Markt habe unbestreitbar eine soziale Aufgabe. Beim Ausbleiben von Marktbesuchern würde jedoch die Versorgung der Bevölkerung nicht gefährdet sein.

**Herr Hinz** machte deutlich, dass die doch sehr maßvolle Gebührenerhöhung bei den wirtschaftlichen Erwägungen der Händler nur eine nachgeordnete Rolle spiele. Die Gebühren dienten im u.a. auch dazu, das Umfeld des Marktes in Ordnung zu halten.

**Frau Ethner** vertrat demgegenüber die Auffassung, dass die Höhe der Gebühren für die Marktbesucher dennoch von Bedeutung sei, zumal wenn es in jedem Jahr eine merkliche prozentuale Erhöhung gebe. Man müsse zukünftig darüber nachdenken, warum sich die Kosten in dieser Art und Weise entwickelten. Dazu könne auch das Controlling eingesetzt werden.

Nach Beendigung der Aussprache fasste der Rat mit 30 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung den nachfolgenden Beschluss:

**Der Rat beschließt, die 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf - Marktgebührensatzung - (in der der Originalniederschrift als Anlage G) beigefügten Fassung) zu erlassen.**

**21. Entwässerungsabgabensatzung; Gebührensätze ab 01.01.2008  
Vorlage: 2007 0248**

---

**Einstimmiger Beschluss:**

**Der Rat beschließt, die in der**

**10. Satzung zur Änderung  
der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994**

**festgelegten Gebührensätze für die Abwasserbeseitigung beizubehalten und keine Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung der Stadt Burgdorf vom 07.07.1994 in der Fassung der 10. Änderungssatzung zu erlassen.**

- 22. Planung des Krippenbedarfs; Erweiterung der Krippe des Frauen- und Mütterzentrums  
Vorlage: 2007 0242**
- 

**- abgesetzt -**

- 23. Maßnahmenkonzept Innenstadt stärken  
hier: Förderkonzept europäischer Fonds für regionale Entwicklung  
Vorlage: 2007 0254**
- 

**Herr Fleischmann** erklärte, dass das Linksbündnis es als gut bewerte, dass hier zusätzliche Mittel über den Förderfond beantragt werden sollen. Inhalt der Vorlage sei allerdings auch die von ihm nicht gewünschte Maßnahme des City-Marktes. Es sei daher bedauerlich, dass man hier keine getrennte Abstimmung oder zwei separate Vorlagen vorgesehen habe, so dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

**Bürgermeister Baxmann** führte aus, dass - wie bereits in der heutigen Verwaltungsausschusssitzung erörtert - man ein Verfahren finden musste, das es erlaube, einen Antrag zu stellen, der hinreichend konkret sei, um eine Chance zu bekommen akzeptiert zu werden, aber gleichzeitig so viel Offenheit beinhalte, dass die konkreten Entscheidungen, die es dann in den nächsten Jahren zu fällen gebe, offen blieben, d.h. noch nicht präjudiziert seien durch eine heutige Beschlussfassung. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses habe man sich darüber verständigt, den Beschlussvorschlag aus der Vorlage um zwei weitere Beschlüsse zu ergänzen, die es erlauben, dass die Beschlussfassung über das Ausbauprogramm erst im Frühjahr 2008 stattfinde und die Beschlussfassung über jede Einzelmaßnahme der Politik vorbehalten werde. Somit werde durch diesen Beschluss nichts vorweg genommen oder eine Festlegung getroffen. Die Zuständigkeit liege weiterhin bei der Politik.

**Herr Obst** erinnerte daran, dass die Förderrichtlinie vom 10.08.2007 datiere, d.h. innerhalb von nur zwei Monaten musste der vorliegende Antrag ausgearbeitet werden, wenn Burgdorf die Chance bekommen sollte, Fördermittel vom Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit zu erhalten. Die Politik habe daher nur sehr wenig Zeit gehabt, sich mit der Vorlage zu beschäftigen. In der heutigen VA-Sitzung habe man sich lange und intensiv mit der Konzeption auseinandergesetzt. Klar sei, dass nach der Fertigstellung der B 188 n eine Neugestaltung der Innenstadt mit einer Attraktivitätssteigerung einhergehen sollte. So habe - wie in der Presse zu lesen war - auch der Stadtmarketing-Verein zusammen mit dem AKEB entsprechende eigene Überlegungen angestellt. Die Planungen aus der Vorlage beinhalteten allerdings keine endgültige Entscheidung. Kurzfristig sei es aber nicht anders möglich gewesen, als die Vorlage in dieser Form zu erstellen, um an die Fördermöglichkeiten heranzukommen. Entsprechend

der ergänzten Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses werde die CDU-Fraktion dem so zustimmen.

**Herr Lüddecke** erklärte, dass - wenn voraussichtlich im Mai 2010 die Umgehungsstraße eingeweiht werden könne - die Stadt Burgdorf vorher ein Entwicklungskonzept für die Innenstadt benötige und entsprechende Eckpunkte festgelegt werden sollten. Stattdessen seien bisher Teildiskussionen geführt worden u.a. die hart diskutierte Einbahnstraßenregelung. Um die Fördermittel aus der Stadtumgestaltung beantragen zu können, würde die FDP-Fraktion wie vom Bürgermeister im VA ausführlich erläutert, der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses zustimmen können. Über die anderen Vorschläge aus dem Theine-Konzept werde man im kommenden Frühjahr noch detailliert zu diskutieren haben.

**Herr Pilgrim** wies auf die zwischen den einzelnen Ratsfraktionen bestehenden Gemeinsamkeiten hinsichtlich Stadtentwicklungsplanung und Verkehrsplanung hin. Alle diese Ansätze ließen sich in der jetzt vorgelegten Antragsausarbeitung wiederfinden. In Anbetracht der Kürze der Zeit sei dieser Antrag eine enorme Leistung gewesen. Es sei wichtig, dass die Fördermittel, mit denen eine Bezuschussung der vielen kleinen Einzelmaßnahmen bis zu 50 % möglich sei, in Anspruch genommen werden könnten.

**Herr Hunze** bezeichnete die Antragsunterlagen als eine Diskussionsgrundlage. Es gehe darum, die Stadt erlebniswert zu machen und den Menschen Vorrang vor dem Autoverkehr einzuräumen. Wenn dies in dem vorliegenden Konzept gemeint sei, könne er dem auch zustimmen. Nicht zustimmen könne er, wenn das Theine-Konzept von vornherein festgeschrieben werde. Es sei wichtig, dass die Bürger über die zukünftige Entwicklung ihrer Stadt intensiv mitdiskutierten.

**Bürgermeister Baxmann** wies darauf hin, dass auch aus dem Theine-Gutachten der Vorrang des Menschen vor dem Auto zu entnehmen sei. Im Jahre 2001 oder 2002 habe das Büro Theine den Auftrag zur Entwicklung eines Straßenrückbaukonzepts erhalten. Die Vorwürfe gegen das Büro und auch gegen die Verwaltung seien deshalb unredlich, da es zum damaligen Zeitpunkt darauf ankam, möglichst schnell ein vernünftiges verkehrliches Konzept zu entwickeln. Es müsse die Chance genutzt werden, die Stadt so deutlich vom Verkehr zu entlasten, dass eine Aufenthaltsqualität gewonnen werde, die es bisher noch nicht gebe. Dies dürfe bei allen integrierten Stadtentwicklungsplanungen nicht aus den Augen verloren werden.

Danach fasste der Rat mit 31 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung den nachfolgenden Beschluss:

„Der Rat beschließt:

- 1. das Maßnahmenkonzept ‚Innenstadt stärken‘ wird beschlossen,**
- 2. das Ausbauprogramm wird im Frühjahr 2008 beschlossen.**
- 3. über jede Einzelmaßnahme wird gesondert beschlossen.’**

**24. Einrichtung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler der Schulen in Burgdorf**  
**- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 07.09.2007-**  
**Vorlage: 2007 0232**

---

**Herr Fleischmann** begründete seinen als Anlage I) zum Originalprotokoll beigefügten Antrag. Die SPD-Fraktion habe kurze Zeit später einen nahezu gleichlautenden Antrag eingebracht. Er finde das in Ordnung und hoffe auf eine möglichst einstimmige Überweisung seines Antrages in die Fachausschüsse.

**Herr Alker** erklärte, dass aufgrund einer DGB-Initiative ‚Aktion gegen Kinderarmut‘ ein Dringlichkeitsantrag direkt in den Fachausschuss eingebracht worden sei. Dort sei der SPD-Antrag von allen Fraktionen unterstützt worden. Mit dem Auftrag an die Verwaltung sollte zunächst untersucht werden, welche finanziellen Auswirkungen die Umsetzung der Maßnahme haben würde. Dieser Auftrag sei vom Verwaltungsausschuss heute so beschlossen. Damit sei eine Grundlage geschaffen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen darüber entscheiden zu können, ob und wie man sich der Sache annehmen wolle. Es sei ein sehr wichtiges Thema, da ca. 2 Mio. Kinder in Haushalten lebten, wo ALG II empfangen werde. In diesem Zusammenhang müsse allerdings die Frage gestattet sein, warum die Kommunen immer öfter die Fehler ausbaden sollen, die vom Bund und Land gemacht würden. Hier sei auf die Abschaffung der Lernmittelfreiheit oder generell auf die Hartz-IV-Gesetze verwiesen.

**Herr Leunig** erkundigte sich, ob der vorstehende Antrag nicht wegen des fast wortgleichen SPD-Antrages, der bereits im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sowie im Verwaltungsausschuss behandelt wurde, verbraucht sei. Die Verwaltung sei beauftragt worden, die finanziellen Auswirkungen festzustellen.

Es bestand Einvernehmen innerhalb des Rates, dass die Frage von Herrn Leunig sich nur auf Punkt 3 des Antrages beziehe.

**Einstimmig fasste der Rat daher den Beschluss, den Antrag in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, den Wirtschafts- u. Finanzausschuss sowie den Verwaltungsausschuss zu überweisen.**

**25. Tunnel am Finanzamt**  
**- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 23.08.2007-**  
**Vorlage: 2007 0241**

---

**Herr Fleischmann** begründete seinen als Anlage J) zum Originalprotokoll beigefügten Antrag. Anschließend wurde der Antrag vom Rat einstimmig in den Verkehrs- u. Umweltausschuss sowie den Verwaltungsausschuss überwiesen.

**26. Weihnachtsbeihilfe für Burgdorfer Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 24.09.2007  
Vorlage: 2007 0249**

---

**Herr Fleischmann** begründete seinen als Anlage K) zum Originalprotokoll beigefügten Antrag und wies darauf hin, dass es sich die Stadt Burgdorf leisten könne, angesichts des ausgeglichenen Haushaltsplanentwurfs den Ärmsten der Armen wenigstens zu Weihnachten eine Freude zu machen.

**Herr Morich** bezeichnete den Vorschlag als durchaus interessant. Er könne sich vorstellen, dass man dies im Rahmen eines Stadtmarketings umsetzen könne. Ferner sollte geprüft werden, ob die Situation der Stadt Burgdorf mit Burghausen vergleichbar sei.

**Anschließend wurde der Antrag vom Rat einstimmig in den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger und den Verwaltungsausschuss überwiesen.**

#### **Einwohnerfragestunde**

Nach Beendigung der Tagesordnung eröffnete Ratsvorsitzender Walter erneut die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen gestellt wurden, schloss er diese wieder.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer